

News Archiv 2020

2020-02-18 14:57

[Ludwig kündigt für Wien kostenfreie Ganztagschule an](#)

Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) hat heute angekündigt, dass die ganztägig geführten öffentlichen Volksschulen in Wien künftig kostenlos sein werden. Der Beitrag für die Betreuung außerhalb des Unterrichts soll entfallen. Auch eine Pflege- und Lehrplatzgarantie gab das Stadtoberhaupt ab.

Zudem soll der Wien-Bonus ausgedehnt werden, was etwa Wiener Lebensmittelproduzenten zugutekommen soll, wie Ludwig bei seinem Auftritt ankündigte. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Entschlossen für Wien“. In der Eventlocation K47 wurden dabei – am Beginn des heurigen Wien-Wahljahres – die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommenden Monate dargelegt. Im Herbst wird in Wien gewählt.

[Read more ... Ludwig kündigt für Wien kostenfreie Ganztagschule an](#)

2020-02-18 12:37

[Runder Tisch soll Klarheit über Defizit bei ÖGK bringen](#)

Die neu ins Leben gerufene Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) wird in den nächsten Jahren rote Zahlen schreiben, so viel gilt im Moment als fix. Die Rede ist von 1,7 Mrd. Euro bis 2024. Unklar ist allerdings, wie das Minus zustande kommt. Das kritisieren auch Gesundheitsökonominnen, wie heute das Ö1-Morgenjournal berichtete.

Anschober verspricht „volle Transparenz“

In Ländern wie den Niederlanden und Deutschland sei das Kassengebaren transparenter, heißt es. „Volle Transparenz“ will mit einem Kassasturz nun auch Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) schaffen, wie er gegenüber Ö1 sagte. Er lädt zu einem runden Tisch mit Vertretern des Finanzministeriums und der ÖGK. Er wolle die Zahlen präzisieren, sagte Anschober, und zwar gemeinsam mit allen Beteiligten.

Weitere Debatte

Die Beratungskosten für die Fusion, die ebenfalls schon für Debatten sorgten, bezifferte der Minister mit elf Mio. Euro, jene für die für die bisherige Leistungsharmonisierung mit 13,1 Mio. Euro. Thema ist außerdem der Risikostrukturausgleich, der finanzielle Ausgleich zwischen den Kassen.

Nur Spekulationen

Das Zustandekommen des Defizits sorgte bereits für einen heftigen politischen Streit. Gesundheitsökonominen und -ökonomen verlangen mehr Transparenz und zweifeln die Berechnungen an – wie auch die versprochene „Patientenmilliarde“.

[Read more ... Runder Tisch soll Klarheit über Defizit bei ÖGK bringen](#)

2020-02-14 19:21

ÖGK: ArbeitnehmervertreterInnen über Lehner empört

Die ArbeitnehmervertreterInnen sind empört über die Aussage des Vorsitzenden im Dachverband der Sozialversicherungsträger, Peter Lehner, der „die rote Selbstverwaltung“ für die steigenden Defizite in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) verantwortlich macht. Für die FSG-Vorsitzende in der ÖGK, Barbara Teiber, ist das an „Unverfrorenheit nicht zu überbieten“, für ihren Kollegen Andreas Huss „völliger Unsinn“.

Kritik von Kovorsitzender

Auch die Kovorsitzende im Dachverband, die Leitende ÖGB-Sekretärin Ingrid Reischl, die mit 1. Juli von Lehner den Vorsitz übernimmt, widerspricht ihrem Arbeitgeberkollegen vehement: „Das fette Minus in der Krankenversicherung ist ein perfektes Beispiel dafür, wie man ein gut funktionierendes System mutwillig zerstört“, sagte Reischl.

Statt der von Türkis-Blau versprochenen „Patientenmilliarde“ stünden die Versicherten nun vor einem „Milliardengrab“. Als Draufgabe würden die Verantwortlichen versuchen, in einem Rundumschlag die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben. Für Reischl sind die Aussagen Lehners ein „leicht durchschaubares Ablenkungsmanöver“. Das Defizit ist für sie „klar auf den übereilten und nicht durchdachten Kassenumbau“ zurückzuführen. Die Kassen seien vor der Fusion in der Gesamtheit positiv übergeben worden.

Teiber: Zuletzt immer positiv bilanziert

Teiber sprach von einem „weiteren Lügenmärchen nach der Patientenmilliarde, die jetzt offenbar von den Patienten selbst bezahlt werden muss“. Sie verwies darauf, dass die Gebietskrankenkassen 1,4 Milliarden Euro an Rücklagen eingebracht und in den letzten zehn Jahren kein einziges Mal negativ bilanziert haben. Sie seien auch sorgsam mit dem Geld der Versicherten umgegangen.

So seien die Ausgaben pro Kopf für ärztliche Hilfe in den Gebietskrankenkassen ein Drittel geringer als in der Beamtenversicherung BVA gewesen. Auch die Kosten pro Kopf für Heilbehelfe seien in den Gebietskrankenkassen geringer als in der Beamtenversicherung gewesen. „Den durch die Fusion entstandenen Milliarden Schaden jetzt der roten Selbstverwaltung in den Gebietskrankenkassen anzuhängen ist schäbig“, brachte Teiber ihre Kritik auf den Punkt.

Alle Verträge mussten vorgelegt werden

Gemeinsam mit dem Arbeitnehmerobmann in der ÖGK, Andreas Huss, verwies Teiber auch darauf, dass die vorige Regierung am 1. Juli 2018 eine Ausgabenbremse erlassen habe. Damit konnte kein neuer Vertrag teurer sein als die Beitragseinnahmesteigerung des jeweiligen Jahres. Die Aufsichtskommissäre der damaligen Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) hätten die Einhaltung genau kontrolliert.

Kein Vertrag, der diesen Vorgaben nicht entsprochen hat, sei von der Aufsicht genehmigt worden. Ab 1. April 2019 musste jeder neue Vertrag von der kommissarischen Leiterin im Überleitungsausschuss bzw. ab erstem Juli 2019 dem Generaldirektor vorgelegt werden. Der Überleitungsausschuss hätte jeden zu teuren Vertrag an sich ziehen und ablehnen können – es habe aber für jeden Vertrag grünes Licht gegeben, widersprachen Teiber und Huss den Aussagen Lehners.

Auch dass die Leistungsharmonisierung von Lehner angeführt wird, stößt Teiber sauer auf. Die dafür von den GKKs aufgewendeten 84 Millionen Euro hätten die Kassen seit 2017 aus den Ausgleichsfonds selbst finanziert. Trotzdem hätten die Kassen 2017 und 2018 positiv bilanziert. Im Gegensatz zum alten Hauptverband, der mit einem Vertrag die Medikamentenausgaben limitierte, sei im neuen Dachverband offenbar niemand mehr für die Medikamentenpreise zuständig.

[Read more ... ÖGK: ArbeitnehmervertreterInnen über Lehner empört](#)

Gesundheitskasse: Hohe Verluste prognostiziert

Die prognostizierten Kosten und langfristigen Einsparungen durch den von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossenen Zusammenschluss der neun Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse waren einer der großen Streitpunkte zwischen Koalition und Opposition in der vergangenen Regierungsperiode.

Die Opposition befürchtete hohe Kosten und kaum Einsparungen, die Regierung sprach von einer „Patientenmilliarde“, gestand aber auch ein, dass die Umstellung zunächst mehr Geld verschlingen würde. Laut ZIB von gestern liegen nun neue Zahlen und Prognosen vor – und diese sehen hohe Defizite für heuer und 2021.

ÖGK schreibt Verluste

Die Gebietskrankenkassen waren jahrelang – auch wegen eines rigiden Sparkurses – in den schwarzen Zahlen. Seit Jahresbeginn sind sie in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) fusioniert und machen wieder Verluste.

Die ZIB zitierte eine Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SPÖ durch Sozialminister Rudolf Anschober (Grüne), wonach die neun Kassen im Vorjahr 46,1 Millionen Euro Verlust machten – nach einem Plus von 111 Millionen Euro 2018. Ein Teil der Verluste soll laut ZIB auch auf die Vorlaufkosten der Fusion zurückzuführen sein. Laut Anfragebeantwortung seien allein für Beraterverträge 2019 3,8 Millionen ausgegeben worden.

Großes Minus 2020 und 2021 erwartet

Heuer kommen demnach 8,2 Millionen an Beraterkosten dazu. Damit rechnet man derzeit für heuer mit einem Minus von rund 175 Millionen, im kommenden Jahr sollen es 160 Millionen sein.

Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger hatte im November des Vorjahrs für 2019 ein Minus von 68 Millionen Euro prognostiziert, also deutlich mehr als die jetzt gemeldeten rund 46 Millionen. Ein Gutachten der Wiener Wirtschaftsuniversität, das noch vom Sozialministerium unter der früheren FPÖ-Ministerin Beate Hartinger-Klein in Auftrag gegeben worden war, hatte die Fusionskosten auf einmalig 300 bis 400 Millionen geschätzt. NEOS, SPÖ und Ärztekammer rechneten im Vorjahr mit weit höheren Kosten – und befürchteten Leistungskürzungen für Patientinnen und Patienten.

[Read more ... Gesundheitskasse: Hohe Verluste prognostiziert](#)

[Der ÖSV lenkt ein: Vorspringer werden angemeldet](#)

Erfolg der Sportgewerkschaft younion

Nach teils sehr kreativen Maßnahmen bei den letzten Schisprungveranstaltungen scheint der ÖSV nun der Realität ins Auge zu blicken und wird, nach Informationen der Athleten, die Vorspringer am Kulm nach dem ASVG als Dienstnehmer anmelden.

Lukas Müller, der am Kulm 2016 schwer gestürzt ist und mit der Sportgewerkschaft younion für die Rechte von SportlerInnen kämpft, zeigt sich erfreut: „Wenn andere Athletinnen und Athleten nun besser abgesichert sind, bekommt mein Unfall nun wenigstens einen Sinn.“

Der Vorsitzende der Sektion Sport in der younion, Gernot Baumgartner, dazu: „Es ist schön, Ergebnisse aus unserer Arbeit zu sehen. Der Druck, den wir seit längerem auf den ÖSV ausüben, hat anscheinend Wirkung gezeigt. Es ist allerdings nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und kein ausschließliches ÖSV-Problem. Der gesamte österreichische Sport ist nach wie vor verunsichert und die Politik ist gefordert, eigene auf den Sport ausgerichtete Maßnahmen zu schaffen.“

[Read more ... Der ÖSV lenkt ein: Vorspringer werden angemeldet](#)

2020-02-11 12:35

[Lehrlings-Selbstbehalt im Gemeinde- und Landesdienst: Baldige Lösung](#)

Zehn Prozent Selbstbehalt nach Übersiedlung zur BVAEB - younion-Kampagne zur Abschaffung - BVAEB-Obmann Schnedl: Lehrlinge sollen "relativ rasch" nicht belastet werden

Mit der Sozialversicherungsreform ist ein bisher kaum beachtetes Problem entstanden: Lehrlinge im Gemeinde- und Landesdienst sind von der jeweiligen Gebietskrankenkasse automatisch in die Beamten-Versicherung BVAEB transferiert worden und müssen seit 1. Jänner so wie alle Beamten einen zehnzehnten Selbstbehalt beim Arztbesuch zahlen. BVAEB-Obmann Norbert Schnedl verspricht eine rasche Lösung.

Die younion-Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat unter dem Hashtag #die10mussweg eine Online-Kampagne für die Abschaffung des Behandlungsbeitrags für Lehrlinge gestartet. Richard Tiefenbacher, geschäftsführender Vorsitzender der younion-Jugendorganisation, kündigte an, mit der Aktionen so lange weiterzumachen, "bis es den Behandlungsbeitrag nicht mehr gibt". Die Gewerkschaft verweist auf Fälle, in denen Lehrlinge mit 500 Euro Lehrlingsentschädigung wegen der Kosten nicht zum Arzt gegangen seien.

Schnedl erklärte dazu im Gespräch mit der APA, an einer Lösung werde schon intensiv gearbeitet, eine

solche müsse aber rechtlich halten. Lehrlinge sollen jedenfalls nicht belastet werden. Bis wann das umgesetzt wird, konnte der BVAEB-Obmann nicht genau sagen, es werde aber "relativ rasch" gehen. Die Kampagne der younion ist für Schnedl jedenfalls "unverständlich", sie sei über die Pläne zur Lösung des Problems voll informiert.

Versicherte der BVAEB zahlen beim Arztbesuch zehn Prozent Selbstbehalt für die Grundleistung. Die Lehrlinge, die bei den Länder und Gemeinden beschäftigt sind, müssen nach dem Wechsel von den Gebietskrankenkassen zur BVAEB mit 1. Jänner diesen Beitrag ebenfalls entrichten. Dabei geht es um mehrere tausend Personen, eine genaue Zahl konnte vorerst weder die Versicherung noch die Gewerkschaft nennen. Der Selbstbehalt für die Beamten ist vor einigen Jahren von 20 auf zehn Prozent halbiert worden. Im Unterschied zur SVA, wo Selbstständige und Bauern auch nach der Fusion immer noch unterschiedliche Selbstbehalts-Regelungen haben, gibt es für Beamte und Eisenbahner sowie Bergbauern nach der Zusammenführung in der BVAEB einen einheitlichen Selbstbehalt von zehn Prozent und auch gleiche Leistungen.

[Read more ... Lehrlings-Selbstbehalt im Gemeinde- und Landesdienst: Baldige Lösung](#)

2020-02-11 10:40

[FSG-Kniezanrek zu Februargedanken: Mit dem Aushöhlen der Justiz fängt das Unrecht an](#)

Schlechtmachen von Staatsanwaltschaft und RichterInnen ist ein mieses Signal

„Wer grundlos die Justiz schlecht redet, erweist auch der Demokratie einen schlechten Dienst“, sagte heute, Dienstag, der Bundesgeschäftsführer der FSG in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Erich Kniezanrek. Die Sozialdemokratie gedenkt der historischen Ereignisse um den 12. Februar 1934.

„Die Unabhängigkeit des österreichischen Rechtssystems ist nicht in Frage zu stellen“, betonte Kniezanrek. In der Verantwortung der Politik lege es dagegen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das demokratische System und in das Rechtssystem unseres Staates weiter zu stärken.

„Wer aus billigen Motiven an den Säulen unseres Gesellschaftssystems rüttelt, hat aus der Geschichte nichts gelernt“, sagte Kniezanrek. Und: „Wir brauchen keine Wortspenden zur Destabilisierung und Aushöhlung des Rechtssystems, sondern mehr Rückhalt und auch mehr finanzielle Mittel für ein schnell und sicher funktionierendes, unabhängiges Justizwesen. Ein funktionierendes Rechtssystem ist eine der Säulen eines demokratischen Staates und ein Garant dafür, dass sich Katastrophen der Vergangenheit nicht wiederholen.“

2020-01-30 20:00

„Wolfsgruß“: Busfahrer werden gekündigt

Jene Busfahrer, die auf einem Video in Uniform beim Zeigen des „Wolfsgrußes“ der ultranationalistischen türkischen „Grauen Wölfe“ zu sehen sind, werden ihren Job bei den Wiener Linien verlieren.

Das Unternehmen bestätigte am Donnerstagnachmittag einen Online-Bericht der „Kronen Zeitung“. Es handelt sich nach jetzigem Stand um insgesamt acht Lenker. Der Vorfall hatte sich in Räumlichkeiten der Rax-Garage in Favoriten ereignet. Die Mitarbeiter wurden in einem ersten Schritt vom Dienst abgezogen. Nun steht fest, dass sie gekündigt werden. „Von den acht haben einige das Unternehmen bereits verlassen, die anderen werden das noch tun“, sagte eine Sprecherin.

Gespräche mit weiteren Mitarbeitern

Ob jenen Mitarbeitern im Video, die keinen Wolfsgruß gezeigt, aber dabei gestanden bzw. applaudiert haben, ebenfalls dienstrechtliche Konsequenzen offen, ist noch offen. Man werde jedenfalls mit jedem Einzelnen ein Gespräch führen, hieß es.

Wolfsgruß bei Busfahrern: Freigestellt

Der Betriebsrat der Wiener Linien, Leopold Wurm, stellte indes per Aussendung klar, dass sich der Vorfall nicht – wie von der FPÖ am Mittwoch kundgetan – in Räumlichkeiten der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) ereignet habe. Die betreffende Lokalität werde allgemein für Sitzungen, Veranstaltungen und Betriebsfeiern genutzt.

„Freiheitliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind in diesem Raum genauso anzutreffen wie die FSG oder andere Fraktionen. Auch Weihnachtsfeiern haben dort schon stattgefunden. Wer immer hier falsche Gerüchte streut, versucht ein Fehlverhalten einiger Mitarbeiter zu einem Politikum umzudeuten. Das ist glatter Unsinn“, betonte Wurm.

[Read more ... „Wolfsgruß“: Busfahrer werden gekündigt](#)

2020-01-30 13:00

[Vor Gremiensitzungen: SPÖ demonstriert Geschlossenheit](#)

Die SPÖ hat vor Beginn ihrer Gremiensitzungen heute Geschlossenheit demonstriert. Von einem Richtungsstreit zwischen dem Kurs auf Bundesebene und jenem im Burgenland wollten die Präsidiumsmitglieder nichts wissen.

Es werde offenbar immer versucht, „das Haar in der Suppe zu finden“, sagte die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures. In der Partei gebe es unterschiedliche Meinungen, „aber wir verfolgen die gleichen Ziele“.

Zu Frage der Sicherungshaft, die in der SPÖ nicht von allen gleich gesehen wird, hieß es: Zuerst solle die Regierung einen konkreten Vorschlag auf den Tisch legen, über den man dann diskutieren kann.

SPÖ sieht keine Differenzen nach Burgenland-Wahl

Einen Streit zwischen der Bundespartei und dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der bei der Landtagswahl am Sonntag die absolute Mehrheit holte, sah Bures nicht. „Wir freuen uns mit Doskozil. Er und sein Team haben das sehr gut gemacht.“ Dieser Erfolg zeige, „dass wir nicht an Schlagzeilen gemessen werden, sondern daran, ob wir den Alltag der Menschen verbessern“, so Bures.

Auch der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig sah keine nennenswerten Differenzen innerhalb der Partei. Man könne sich aber von Doskozil vieles abschauen, so Ludwig. Was die Sicherungshaft betrifft, warte er auf die Vorschläge der Regierung.

Gegen „willkürliche Sicherheitshaft“

Ähnlich äußerte sich der neue steirische SPÖ-Vorsitzende Anton Lang, der wie Doskozil eine Sicherungshaft für denkbar hält. Zum Kurs von Landeshauptmann Doskozil sagte Lang, dass es „einige Dinge gibt, die man übernehmen sollte“. Die steirische SPÖ sei in vielen Bereichen der gleichen Meinung wie die burgenländische.

In einer gemeinsamen Stellungnahme hieß es, dass die SPÖ klar gegen eine „willkürliche Sicherungshaft“ sei, die jeden betreffen könne. „Für die SPÖ sind Grund- und Freiheitsrechte unantastbar. Für unsere Partei steht außer Streit, dass einer Verfassungsänderung, die unsere Grund- und Freiheitsrechte berührt, nicht zugestimmt wird. Dass für eine willkürliche Sicherungshaft auch noch unsere Verfassung ‚hingebogen‘ wird, ist nicht unser Weg“, hieß es in einer Stellungnahme gegenüber der APA.

[Read more ... Vor Gremiensitzungen: SPÖ demonstriert Geschlossenheit](#)

2020-01-28 12:12

[Vor Regierungsklausur: SPÖ pocht auf 1.700 Euro steuerfrei](#)

Anlässlich der morgen beginnenden türkis-grünen Regierungsklausur erinnert die SPÖ an ihre Forderungen im Steuerbereich. Es brauche eine Steuerbefreiung der Gehälter bis 1.700 Euro Monatsbrutto, sagte heute Parteichefin Pamela Rendi-Wagner. Dies bringe 1.100 Euro Erleichterung für jeden Arbeitnehmer jährlich. Insgesamt soll das SPÖ-Entlastungspaket ein Volumen von 5 Mrd. Euro haben.

3,5 Mio. ArbeitnehmerInnen würden davon profitieren, aber auch 400.000 Einpersonen- und Kleinunternehmen, sagte Rendi-Wagner. Über die Kollektivverträge will die SPÖ – wie schon vor der Nationalratswahl gefordert – zudem die Mindestlöhne auf ebenfalls 1.700 Euro hinaufschrauben.

SPÖ-Vorsitzende Rendi-Wagner im Interview

Die Bundesparteivorsitzende der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner nimmt Stellung zum Wahlsieg der SPÖ von Hans Peter Doskozil – und sagt, was dieser Sieg für die Linie der Bundes-SPÖ bedeutet.

So weit wie Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil im Burgenland, der den Landesbediensteten 1.700 Euro netto garantiert, wollte sie nicht gehen. Dessen Schritt sei richtig, und Doskozil habe ihn sich sicher auch durchgerechnet: „Aber wir haben das Gesamte im Blick gehabt.“ Unterschiede in den großen thematischen Fragen zwischen ihr und der SPÖ im Burgenland stellte sie einmal mehr in Abrede – wie schon tags zuvor in der ZIB2.

Als zweiten Punkt wünscht sich die SPÖ die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, als dritten eine faire und ökologische Reform der Pendlerpauschale. Man wolle einen kilometerabhängigen steuerlichen Absetzbetrag und zudem jene belohnen, die auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

[Read more ... Vor Regierungsklausur: SPÖ pocht auf 1.700 Euro steuerfrei](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [11](#)
- [12](#)
- [13](#)
- [14](#)
- [15](#)
- 16
- [17](#)
- [Next](#)